



Glaubwürdigkeit der Politik

Darkeastwood - 8.4.2007 um 17:36

Die gleichgeschaltete Medien haben endlich die wahre statistische(wenn auch stark bereinigte) Zahlen zugegeben:

Zur Hartz-IV-Finanzierung fehlen noch drei Milliarden Euro

Hartz IV kostet für das Jahr 2007 möglicherweise deutlich mehr, als Finanzminister Steinbrück bisher dafür eingeplant hat. Dieses Risiko wäre gebannt, wenn mehr Arbeitslose einen Job finden. Bislang ist der Wirtschaftsaufschwung aber an den Arbeitslosengeld-II-Empfängern vorbeigegangen.

Hamburg - Für Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) zeichnet sich auch in diesem Jahr ein milliardenschweres Haushaltsrisiko durch die Hartz-IV-Reform ab. Das berichtet die "Welt". So hätten die Ausgaben für das Arbeitslosengeld II im ersten Quartal bei rund sechs Milliarden Euro gelegen. Hochgerechnet auf das Gesamtjahr ergebe dies Ausgaben von 24 Milliarden Euro.

Eingeplant seien in Steinbrücks Haushalt jedoch nur 21,4 Milliarden Euro. Zum Jahresende könnte damit eine Lücke von bis zu drei Milliarden Euro klaffen.

FDP-Haushaltspolitikerin Claudia Winterstein bezeichnete die Finanzplanung für 2007 als "unsolide gerechnet". Schon heute sei absehbar, dass das Geld nicht reichen werde.

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt ist bislang an den Langzeitarbeitslosen vorbei gegangen. Die Zahl der Arbeitslosengeld-II-Empfänger lag mit 5,194 Millionen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im März nur um 0,3 Prozent unter dem Stand des Vorjahres.

kaz/Reuters/ddp

Quelle: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,475588,00.html>

Vergesslichkeit oder Schwindel?

Nicht nur in Deutschland wird eine dem Bürger zu dienen bestimmte öffentliche Einrichtung nach der anderen privatisiert. Frau Thatcher hat in Großbritannien bereits 1984 die staatliche Telefongesellschaft (British Telecom), 1986 die Gasgesellschaft (British Gas) und – mit besonders nachteiligen Auswirkungen – 1989 die zehn staatlichen Wasserversorgungsbetriebe privatisiert. Unter John Major wurde 1993 die Eisenbahn (British Rail) zerschlagen und verkauft. All diese Verkäufe brachten der Regierung Unmengen von Geld – auch einige Manager und sonstige Profiteure wurden dadurch reich. Die Kunden aber bekamen einen fast sofortigen Anstieg der Preise bei gleichzeitiger Verringerung der Leistungen zu spüren. Die Bahn des Vereinigten Königreichs beispielsweise ist heute ein einziger Skandal. Deshalb sollte man Herrn Mehdorn genau auf die Finger schauen und seine Machenschaften rechtzeitig stoppen!

Bitte klären Sie mich auf !

Das Merkwürdige ist, dass es trotz der verringerten staatlichen Leistungen und des angeblich immer schlanker werdenden Staates nie eine entsprechende Verringerung der Steuern gibt. Dabei hatte ich immer geglaubt, man bezahle Steuern, weil der Staat das Geld zur Durchführung seiner Aufgaben benötigt. So dass sich die Steuerbelastung nach dem Umfang der staatlichen Leistungen richten sollte. Wenn das nicht stimmt, sagen Sie es mir bitte! Aber wenn ich doch Recht habe, warum werden die Steuern dann nicht verhältnismäßig zurückgefahren, wenn der Staat sich wieder einer seiner Aufgaben entledigt hat?

Sie meinen, es ist nur Vergesslichkeit? Ja, so muss es sein. Also schreiben wir der Regierung und erinnern sie daran, wozu Steuern bezahlt werden! Dann wird man sich in Berlin entsinnen und alles wieder gutmachen.

Aber so ist es – leider – nicht. Der Staat streift die Aufgaben der Daseinsvorsorge ab, bringt weniger Leistung, aber

verlangt immer mehr von seinen Bürgern. Deren Steuern werden für alles andere als für bürgerlichen Nutzen ausgegeben. Im Zuge der „Postreform“ hat sich der deutsche Staat beispielsweise der Telefonie entledigt. Das Bundesministerium für Post und Telekommunikation wurde zum 31.12.1997 aufgelöst. Die Regierung hat Milliarden am Verkauf der Aktienmehrheit der Telekom verdient. Das Geld hätte zur Minderung der staatlichen Schulden dienen, gleichzeitig einen Ausgleich zu fehlenden Einnahmen darstellen können. Tatsächlich aber werden mit den Privatisierungsgewinnen wie mit den Steuern zunehmend Ausgaben finanziert, die dem Steuerzahler überhaupt nichts bringen.

Wenn nun auch noch die deutschen Autobahnen unter den Hammer kämen, würden die Kraftfahrer bald merken, wie die Unterhaltung der 12.000 deutschen Autobahn-Kilometer schlechter wird, um der neuen Firma Kosten zu sparen. Würden dann die Kraftfahrzeug- und die Mineralölsteuer fallen oder wenigstens drastisch gesenkt werden? Nicht im Traum!

Ihr Geld wird volksnah investiert

Im Bundeshaushalt 2006 klafft eine Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben von an die 50 Milliarden Euro. Die großzügige Frau Merkel hat trotzdem gerade auf 100 Millionen Euro – an sich für die neuen Bundesländer vorgesehen – zugunsten Polens verzichtet. Da geht es um für die deutsche Allgemeinheit bestimmtes Geld. Diese 100 Millionen Euro sind konkret – im Gegensatz zu den aus der Luft gegriffenen 25 Milliarden, die die Bundeskanzlerin jetzt verspricht, um „Deutschland in zehn Jahren wieder unter die drei dynamischsten Wirtschaftsnationen in Europa zu führen“. Gesetzlich hatte sie vielleicht das Recht dieses Geld im Namen des größten Nettozahlers dem bereits jetzt größten Nutznießer der EU, Polen, zu schenken – moralisch besonders in Krisenzeiten bestimmt nicht.

Mit weiteren 300 Millionen Euro kommt Deutschland für ein Drittel der Kosten der zwei zusätzlichen „Dolphin“-U-Boote auf, die Israel erhalten soll.

Oder denken Sie an die Kosten der – stationären und ambulanten – Gesundheitsversorgung von unberechtigten Asylbewerbern, die zwar angeben, in ihren Heimatländern in Lebensgefahr zu sein, aber aus mysteriösen Gründen nie in ein Land ohne Sozialleistungen fliehen. Stattdessen treten diese Ärmsten der Armen lieber eine Reise um die halbe Welt an.

Oder wir erinnern uns an eine verfehlte Filmförderung, die dazu führt, dass ein Mensch wie Dani Levy (selbstverständlich nur seines Talents wegen) auch für seinen neuesten geistreichen Streifen "Mein Führer" 450.000 Euro Staatsknete von der Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH erhält, deren Gesellschafter je hälftig die Investitionsbanken der Länder Berlin und Brandenburg sind.

Bei einer Aufzählung derart volksnaher Investitionen dürfen – ich kann mir diese Bemerkung als Jude hoffentlich erlauben – Bauten wie die neue Münchner Luxussynagoge samt Gemeinde- und Kulturzentrum, Museum, Kindergarten und Schule und 24-stündiger Überwachung nicht fehlen. Das Ensemble stellt zur Freude der Münchner das benachbarte Stadtmuseum buchstäblich in den Schatten.

Gut, dass es die Mehrwertsteuererhöhung gibt!

Gut, dass es die Mehrwertsteuererhöhung gibt, um diese und andere dem deutschen Steuerzahler so wertvolle Leistungen zu finanzieren. Und um das Loch im staatlichen Budget teilweise zu stopfen. Nur: Woher sollen unter diesen Umständen die in Aussicht gestellten 25 Milliarden kommen? Keine Sorge, Frau Merkel weiß es auch nicht. Aber es hört sich gut an. Wird hier also schlicht geschwindelt? Ja, das Blaue vom Himmel herunter.

Gerard Menuhin

Quelle: http://www.gerard-menuhin.de/Kolumne/Vergesslichkeit_oder_Schwindel.html

Tetrarchos - 8.4.2007 um 20:03

Wie?? Jetzt sind es DOCH wieder 5 Millionen Arbeitslose?? Erst vor kurzem wurde doch die Zahl auf angeblich "nur" 4 Millionen runtergelogen? oO

Heute hab ich noch irgendwo gelesen, es werden zum jahresende nurnoch 3,5 Millionen erwartet, wegen angeblicher Aufschwung.

Da ist den Gleichschaltungsmedien ein peinlicher Fehler beim LÜGEN passiert? 8-)

Darkeastwood - 9.4.2007 um 13:04

Nein, nein es ist nur die Rede von ALG II Empfängern.

Neben 1.342.283 Personen in ALG I

gibt es 5.193.666 Personen im ALG II Bezug

Außerdem beziehen 1.923.732 Personen Sozialgeld

Es gibt rund 8,4 Mio Leistungsberechtigte nach SGB II vor 3 Jahren im März 2004 gab es 4.393.000 Leistungsempfänger (ALG + ALHI)

Das sind keine Sozialhilfeempfänger.

Es gibt eine große Anzahl von Sozialhilfeempfänger nach SGB XII.
Die größte Gruppe sind die über 65 jährigen 1/3 der Männer und 2/3 der Frauen über 65 beziehen Sozialhilfe.

Man muss ja auch berücksichtigen, was in März durchgezogen wurde
die Eingliederung der unter 25 Jährigen in die Bedarfsgemeinschaft der Eltern.
Alle die über 58 sind werden aus allen Statistiken getrichen.
Somit dürften die Statistiken noch bisschen höher ausfallen.

Dazu muss man sich fragen, wieviele sind zu den Sklavenjobs eingeteilt?
Wieviele werden bei Zeit- Leih- firmen beschäftigt?

Tetrarchos - 9.4.2007 um 15:35

Unter 10€ Stundenlohn stehe ich jedenfalls NUR unter Zwang aus dem Bett auf.
das ist die absolute Schmerzgrenze an Niedriglohn den ich akzeptiere. Und dabei bleibts.
Arbeiten PLUS Ämterschikane?? oO NICHT MIT MIR! Ämterschikane alleine, reicht mir.

Darkeastwood - 9.4.2007 um 16:38

Die Aufgabe des Arbeitsamtes oder ARGE sollte sein, jemanden bei der Arbeitssuche zu helfen.Und nicht einen Arbeitslosen als Verbrecher anzusehen, der Repressionen und Schickane braucht und einen Sklavenjob erledigen muss. Um die Realität zu ignorieren,heutzutage muss ja wirklich nicht jeder Arbeiten, wird immer mehr die Bürokratie ausgebaut, werden zusätzlich "Arbeitsvermittler" angestellt, die auch den ganzen Tag nicht tun, und den Arbeitslosen zusätzlich die Zeit rauben.
Vor ca. zwei Wochen habe ein Bericht auf ARD gesehen, dass die Gehälter der Der ARGEN Angestellten stark aufgestockt werden. Eine wirklich erfreuliche Nachricht.

Darkeastwood - 9.4.2007 um 17:10

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/inhalt/1/0,4070,5262337-0,00.html>

Tetrarchos - 10.4.2007 um 01:01

CDU in der Wählerumfrage gesunken? :D
Das ist der einzige Kommentar zu diesem bisschen heisse Luft von Glos.
Münte hatte ja mit seinen 7,50€ kürzlich vorgelegt und CDU den Buhmann gezogen.
Jetzt schieben sie den Buhmann mit dummen Sprüchen zurück. und dieses Kasperletheater nennt sich "Regierung".
Aber Millionen Dumpfbacken fallen weiterhin darauf rein. Oder aber: Die Wahlergebnisse werden mittlerweile gnadenlos GEFÄLSCHT. Auch das halte ich für möglich.

Sicher ist die große Koalition das Traumergebnis für die Wirtschaftsbonzen.
Zum einen können sie jetzt die beiden größten Parteien immer schön gegeneinander auspielen, im Lobby-Poker.
Zweitens bildet die große Koalition jetzt quasi einen kapitalistischen neoliberalen Einheitsblock, womit quasi keine Opposition mehr möglich ist.
Und drittens: Große Koalition hat die erforderliche Zweidrittelmehrheit, um die Verfassung nach Lust und Laune der

Konzernbonzen wie Knetgummi zu verformen.

Also schieben sich SPD und CDU wechselseitig an, damit nurja beide Parteien möglichst gleichmäßig beim Wähler wegkommen und somit die Koalition auch nach der nächsten Wahl bestehen bleibt. Oder eben doch einfach Wahlergebnisse fälschen.

... - 10.4.2007 um 05:14

Zitat

Original von Darkeastwood

Die Aufgabe des Arbeitsamtes oder ARGE sollte sein, jemanden bei der Arbeitssuche zu helfen.Und nicht einen Arbeitslosen als Verbrecher anzusehen, der Repressionen und Schickane braucht und einen Sklavenjob erledigen muss.

Die Aufgabe von Leistungsempfänger sollte sein, die Behörden zu schikanieren und denen es nicht mit Eigenbemühungen, Arbeit zu finden, auch noch einfacher zu machen, als die ganzen Nixtuer da es eh schon haben.

Zitat

Vor ca. zwei Wochen habe ein Bericht auf ARD gesehen, dass die Gehälter der Der ARGEN Angestellten stark aufgestockt werden. Eine wirklich erfreuliche Nachricht.

Prima, noch ein Grund mehr, dass die jetzt auch mal öfters körperlich was vor die Schnauze bekommen können, denn die können sich ja jetzt evtl. auch mal 'ne private Kasse erlauben.

Freue mich schon drauf, wenn ich mal wieder da hin muss (wahrscheinlich im Juni), zu sehen, wie die da Cocktail schlürfend in extrem teuren Markenklamotten sich von ihrem Chauffeur im Rolls-Royce dahin bringen lassen. :D

Werde mir dann einen Job in der Grenznähe zu den NL suchen und die Umzugskosten in die NL beantragen und sofort bei der EU intervenieren, wenn die meine Freizügigkeit als Arbeitnehmer behindern. :D

Tetrarchos - 10.4.2007 um 22:50

Ich wette mal das läuft dann so: Bis Deutsche Grenze zahlt die ARGE die Umzugskosten. Exakt am Grenzübergang müssen dann die Möbel vom Deutschen Spediteur zum Niederländer auf anderen LKW umgeladen werden. Und auf dem Territorium der Niederländer ist dann ab sofort deren Sozialamt zuständig. So das Du Deine "Freizügigkeit" bei 2 Ämtern beantragen musst.

... - 11.4.2007 um 03:14

Das dürfen die nicht laut Schengener Verträgen.

Ansonsten müßten die sich selber um eine vergleichbare Wohnung auf deutschem Gebiet bemühen.

Ich hoffe, dass der Fall zu diplomatischen Verwicklungen führt, der mit einem Einmarsch der niederländischen Armee in NRW endet. :D

Darkeastwood - 11.4.2007 um 13:08

Pension (11.4.2007)

Was eine Sozialversicherung ist, bemerken Sie am stärksten, wenn Sie Rente beziehen. Was theoretisch 70% des letzten Netto-Gehalts sein könnten, dient schon seit Jahrzehnten den Versicherungsunternehmen als Werbeargument für Kapitallebens- und Rentenversicherungen (die allseits bekannte Versorgungslücke wird überall propagiert). Bei Beamten werden derzeit 71,8% vom durchschnittlichen Brutto-Gehalt der letzten fünf Jahre bezahlt.

Deshalb haben früher Rentner im Park um Viertelpfennige Karten gespielt und die Pensionäre sogar um halbe Pfennige.

Früher ging es Beamten allerdings noch besser, da waren es 75% vom letzten Bruttogehalt, da lohnte es sich richtig, noch kurz vor der Pensionierung befördert zu werden.

Es geht hier nicht um Briefträger oder Lokomotivführer, die als gewesene Post- oder Bahnbeamte nach einem nicht allzu üppig bezahlten Arbeitsleben einen halbwegs auskömmlichen Ruhestand genießen. Das sei ihnen gegönnt, obwohl auch deren Pensionen gefährdet sind. Die 71,8% gelten aber auch für Regierungsdirektoren, Ministerialdirigenten oder Polizeipräsidenten. Auch hier, in den höchsten Gehaltsstufen, müssen die Damen und Herren Beamten keinen Cent aus der eigenen Tasche für ihre fürstlichen Ruhestandsbezüge entrichten.

Nebenbei: die Rente mit 67 ist längst beschlossen, für Beamte gilt diese Regelung noch nicht. Das geht nicht mit einem zentralen Federstrich, wie bei der Rente, das müssen Bund und Länder jeweils einzeln beschließen und verabschieden. Und bis jetzt gibt es nur Absichtserklärungen.

Doch auch für die Beamten gehen die Tage des unbeschwerten Ruhestands zu Ende. Bislang hat das so funktioniert: Arbeiter und Angestellte bezahlen in eine Rentenkasse ein, aus der die Renten entnommen werden. Konkret ausgedrückt: das Geld, das Sie und Ihr Chef heute an die Rentenkasse überweisen, landet morgen auf dem Konto Ihrer alten Mutter. Ihr Geld wird nicht angespart und Ihnen später ausgezahlt, sondern sofort weitergeleitet. Das System lebt von der Hand in den Mund. Früher war es nicht ganz so, da hatten die Rentenkassen eine Reserve von mehr als zwölf Monatszahlungen. Aber dieses Geld verschwand unter Kohl / Blüm in unbekannten Kanälen. Wieviel davon als Dankeschön an die CDU zurückgeflossen ist, mußte der ewige Aussitzer ja niemals offenlegen. Da ist man gnädig, unter Kollegen.

Bei Beamten ist das anders. Da gibt es eine Art Lehnverhältnis mit der Verpflichtung zur gegenseitigen lebenslangen Treue. Dafür bezieht der Beamte ein vergleichsweise niedriges Gehalt, das dafür nur wenig geschmälert als "Ruhegehalt" fortläuft. Das Gehalt als Arbeitsentgelt wird ebenso wie das Ruhegehalt aus Steuermitteln bezahlt, also letztlich wieder von Ihnen als Angestellten und Arbeitern.

In der aktiven Zeit kommt ein Beamter dem Staat billiger als jeder Angestellter. Die anfallende Arbeit muß bezahlt werden, folglich wird jemand eingestellt. Der Angestellte bekommt ein höheres Brutto-Gehalt, außerdem muß der Dienstherr Beiträge an die Sozialkassen abführen. Das alles spart er sich bei einem Beamten. Aber das rächt sich, wenn der Betreffende in den Ruhestand geht. Der vormalige Angestellte kostet gar nichts mehr, das bezahlt jetzt die Rentenkasse. Sein Nachfolger ist sogar billiger, weil er als Anfänger schlechter bezahlt wird. Der vormalige Beamte hingegen kostet immer noch Geld, ebenso sein Nachfolger, auch wenn der durch sein geringeres Dienstalter ebenfalls schlechter bezahlt wird. Die Ausgaben für den Angestellten sinken auf 80%, die für den Beamten steigen auf 150%.

Firmen haben ein ähnliches Problem, wenn sie eine Betriebsrente bezahlen - deshalb gibt es diese Betriebsrenten immer öfter nur noch für Manager. Um deren Auszahlung sicherzustellen, gibt es bei Firmen Pensionsrückstellungen, also einen Kapitalstock, der diese Zahlungen trägt. Werden die Pensionsrückstellungen bei der Firma selbst verwaltet, so bleibt dieses Geld im Zugriff der Manager, die hin und wieder Pensionszusagen reduzieren, natürlich um die Firma zu retten.

Die Commerzbank weiß selbstverständlich über die Raubgier der eigenen Manager Bescheid, deshalb wurde die Pensionskasse der Manager ausgelagert. So bleibt sie selbst dann noch erhalten, wenn die Manager die Bank in die Pleite gewirtschaftet haben. Eine weise Voraussicht, nicht wahr?

In einer solchen Pensionskasse liegen gigantische Summen. Um zwanzig Jahre lang 1.000 Euro pro Monat auszuzahlen, müssen 170.000 Euro bereitgestellt werden - das ist eine übliche Faustformel. Bei der Höhe der Beamtenpensionen sollten Sie mindestens 500.000 Euro für einen Beamten ansetzen. Auch wenn der gewesene Briefträger weniger bekommt - der Herr Kammergerichtspräsident a. D. kassiert deutlich mehr.

Bei 1.645.000 Beamten in dieser Republik benötigen wir einen Kapitalstock von 822.500.000.000 Euro, um diese Pensionslasten abzudecken - 822,5 Milliarden. Dazu kommt noch, daß Beamte eine besondere Art der Krankenversicherung haben. Ein Teil der Krankenkosten wird als Beihilfe direkt vom Steuerzahler entrichtet, je nach Familienstand zwischen 50% und 80%. Daraus ergibt sich eine vorsichtig geschätzte Gesamtsumme von einer Billion Euro (für den Finanzminister: das ist eine Eins mit zwölf Nullen dahinter).

Das muß in Relation zu den aktuellen Gesamtschulden des deutschen Staates gestellt werden: 1,5 Billionen. Diese Schulden enthalten noch keinen einzigen Cent Rückstellungen für Beamtenpensionen. Anders ausgedrückt: unsere offiziellen Staatsschulden betragen etwa 60% des Bruttosozialproduktes. Zählen wir die Pensionszusagen hinzu, steigen diese auf 100% des BSP. Das bringt uns dem Staatsbankrott schon einen Schritt näher.

Natürlich muß das Land deswegen nicht Bankrott gehen. Auf 20 Jahre umgelegt, erfordern die Pensionen 50 Milliarden Euro pro Jahr. Das wird finanzierbar, wenn der Staat die eigene Verschwendung zurückfährt, die 20 bis 30 Milliarden Euro, die jedes Jahr sinnlos verpulvert werden. Aber wer sollte das tun? Wer sollte darauf verzichten, Brücken zu bauen, zu denen keine Straße führt? Wer sollte darauf verzichten, Grillplätze anzulegen, die niemand besucht, Ampeln aufzustellen, die keiner braucht, Projekte zu planen, die niemals ausgeführt werden? Die staatliche Verschwendung schafft Einkommen und damit Steuereinnahmen. Sie trägt sich damit zwar nicht selbst, aber sie wird erträglicher.

Was aber wird dann passieren? Durch die Geldentwertung steigen die Pensionslasten. Auch Beamte werden durch die Arbeit der Aktiven ernährt, der Arbeiter und Angestellten. Ein Beamter produziert Papier, keine Waren, die verkauft werden können. Der aktive Beamte liegt dem Bürger auf der Tasche, ebenso wie der Pensionär. Bei sinkendem Einkommen der Bürger gibt es weniger zu verteilen, an Rentner ebenso wie an Pensionäre. Deshalb werden die Pensionen mittelfristig sinken müssen.

Jeder Beamte muß sich darüber klar sein, daß der Staat, dem er dient, nicht in der Lage sein wird, in der Weise für ihn zu sorgen, wie das bisher der Fall war.

Höchstens die alleroberste Klasse der Staatsdiener, die Minister, Staatssekretäre und Abgeordnete, brauchen Abstriche nicht zu fürchten, weil diese, die Abgeordneten, selbst über ihre Pensionen befinden. Deren Luxusversorgung bleibt gesichert. Die der Beamten nicht mehr.

Es muß also gekürzt werden, über kurz oder noch kürzer (spätestens die nächste Regierung muß sich an dieses Thema heranwagen). Je eher dieses Problem angegangen wird, um so besser. Leider haben wir aktuell eine Regierungschefin, die als Lehrmädchen bei einem Kanzler ausgebildet wurde, bei dem Aussitzen und Verschleppen das Markenzeichen gewesen war. Von dieser Dame sind Reförmchen höchstens in Trippelschrittchen zu erwarten.

Bei einer solchen Reform bemüht man sich um Gerechtigkeit. Also werden zuerst jene Leute getroffen, die noch keine Pension erhalten. Das Pensionsalter wird hinaufgesetzt, Frühpensionierungen erschwert und die volle Pension gibt es erst nach 40 Dienstjahren. Als nächstes wird gekürzt. Wie immer gerecht, also gleich für alle. Der Postbote verliert Geld, der Lokomotivführer, der Streifenpolizist - sie alle bekommen weniger. Oh, der Herr Ministerialdirigent natürlich auch, aber dem macht das viel weniger aus.

Natürlich werden die Kürzungen hinausgezögert, sitzen doch die Beamten in Legionsstärke in unseren Parlamenten. Doch um in die Parlamente zu kommen, benötigen diese Parteibeamten die Stimmen der Rentner, deshalb dürfen die Rentner nicht zu unzufrieden werden, also noch mehr hinter den Pensionären zurückfallen.

Doch was passiert, wenn es wirklich an die Versorgung der Beamten geht? Wenn dem Staat das Geld auszugehen droht?

Dann werden wir ein paar Dinge erfahren, die uns überraschen, denn bisher haben die Beamten viel von dem vertuscht, was die Regierung mit unserem Geld anstellt. Zahlungen an Brüssel, Tel Aviv oder Washington sind wichtig, aber nicht so wichtig wie der eigene Geldbeutel.

Es gibt aber eine weitere Stufe, die erst nach den Enthüllungen erreicht wird: Wenn Beamte plötzlich anfangen, aufs Geld zu achten. Nicht auf ihr eigenes Geld, auf das achten sie mit Sicherheit, sondern auf IHR Geld, das Geld der Steuerzahler. Wenn Beamte sich bemüßigt fühlen, gegen die Verschwendung in ihren eigenen Reihen vorzugehen, weil sie endlich begreifen, daß auch der Staat einen Euro nur einmal ausgeben kann - entweder verschwenden oder für Pensionszahlungen.

Solange sich diese Erkenntnis bei den Beamten nicht durchsetzt, sind deren Pensionen noch viel zu hoch.

Quelle: <http://www.michaelwinkler.de/Pranger/110407.html>

... - 12.4.2007 um 02:46

Früher waren auch wir Angestellten im öffentlichen Dienst mit den Beamten gleichgestellt. Das erledigte die sog. Zusatzversorgungskasse, die eigentlich die Differenz zwischen der Rente, die uns normal von der BfA zustehen würde und dem, was wir als Beamte bekommen würden, ausgleichen sollte. In manchen Fällen hatten wir sogar Anspruch auf zusätzliche Versorgungsleistungen im medizinischen Bereich, ähnlich wie Beamte. Das ist aber schon lange dahin. Mir werden gerade mal, wenn es hochkommt aus der Zusatzversorgungskasse knappe

100 € zusätzlich zur Rente zur Verfügung stehen. (Dafür lohnt sich bei uns der ganze Riester-Scheiß nicht, weil wir das nicht bezuschusst bekommen, weil wir eben die ZVK haben, maximal Bausparen geht noch.)

Gibt nur noch zwei geringe Vorteile, wenn man in öffentlichen Dienst als Angestellter ist. Wir kirchlichen Mitarbeiter haben noch die 38,5 h - Woche (Beamte haben mittlerweile sogar die 42,5 h-Woche) und wenn ich jetzt einen Festvertrag und nicht nur den befristeten hätte, bekäme ich mein gesamtes Gehalt noch am 15. statt am 30. Das macht aber auch nur noch die Diakonie so.

Darkeastwood - 12.4.2007 um 12:44

Vater Staat als Selbstabwickler- Verfassungsrichter Dr. Siegfried Broß

Vieles sei von einem Extrem ins andere gefallen. Bürgerinnen und Bürgern Mitteldeutschlands geht, sofern sie die DDR-Zeit bewußt erlebt haben, der Satz des öfteren über die Lippen. Mit Recht, weil kraft der biologischen Gnade Vergleichsmöglichkeiten nun einmal gegeben sind. Während früher der Staat gerade im wirtschaftlichen Bereich eine nahezu unbeschränkte Herrschaft ausübte, offenbart er sich mittlerweile in fast allen Bereichen als gewollt zahloser Tiger. Auch Deutsche in den Alt-Bundesländern, de jure und de facto nun einmal mit privatwirtschaftlichen Grundsätzen großgeworden, reiben sich indes verwundert die Augen: Kaum ein Tag vergeht, ohne daß die Medien einmal nicht über die Privatisierung einst staatlicher oder kommunaler Institutionen berichten.

»Staatswirtschaft darf nicht nur negativ gesehen werden. Vielmehr ist Staatswirtschaft in den Infrastrukturbereichen der Daseinsvorsorge und im Bereich der gesamten Gefahrenabwehr unumgänglich, damit der Staat selbst unabhängig bleibt und nicht erpreßbar wird.« Fraglos – das Zitat könnte einem Positionspapier der Nationaldemokraten oder ihrer Nachwuchs-Kaderschmiede JN entnommen worden sein. Kameradschaften verfechten dasselbe Prinzip. Aber: Der Textauszug entstammt einem Vortrag von Dr. Siegfried Broß, seines Zeichens Richter am Bundesverfassungsgericht, Honorarprofessor an der Uni Freiburg und Vorsitzender des Präsidiums der Deutschen Sektion der Internationalen Juristen-Kommission. Im Januar 2007 hielt er in Stuttgart zum umstrittenen, vielmehr wesenhaften Thema »Privatisierung« einen Vortrag im »Neuen Montagskreis«.

Privatisierung und Blauäugigkeit

Wie jeder gute Didaktiker geht Broß dabei vom offiziös Verbreiteten aus: »Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen wie vermehrt auch öffentlicher Aufgabenbereiche der Hoheitsverwaltung bis hin zu solchen der Gefahrenabwehr soll, so wird argumentiert, den Menschen größere Freiräume nicht nur in wirtschaftlicher, sondern überhaupt in persönlicher Hinsicht eröffnen. Zugleich sollen die Kosten für die bisher in öffentlicher Verantwortung erbrachten Leistungen sinken und damit der Staatshaushalt entlastet sowie zudem die Effizienz der Unternehmen erhöht werden. Soweit ich sehe, ist bis heute noch kein Versuch unternommen worden, den Wahrheitsgehalt solcher Auffassungen zu überprüfen. Allerdings fällt mir anhand der Erfahrungen des Alltags auf, daß kaum etwas billiger geworden ist. Man denke nur an die Müllabfuhr, die Versorgung mit Beförderungsleistungen oder die Lieferung elektrischer Energie. Wenn ich nichts übersehen habe, ist lediglich die Inanspruchnahme des Telefons mit deutlich weniger Kosten als zuvor verbunden«. Selbst hier darf aufgrund der oftmals geweckten Bedürfnisse (und somit zusätzlicher Kostenpunkte) ein Fragezeichen gesetzt werden.

Sozialstaatsprinzip und »private Dritte«

Als rechtliche Basis für die Bereiche Daseinsvorsorge und Gefahrenabwehr führt Broß Absatz 1 des Grundgesetz-Artikels 20 (Sozialstaatsprinzip) an (»Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat«). »Diese Verantwortung verbietet es, daß sich der Staat zu der Wahrnehmung dieser Aufgaben solcher privater Dritter bedient, die er nicht voll beherrscht und die er nicht so einsetzen kann, wie wenn er die Aufgabe noch in eigener Verantwortung erfüllen würde (...) Wirtschaftliche Betrachtungsweise, die für jedes private Unternehmen selbstverständlich legitim ist, und Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben schließen einander denknotwendig aus. Diese Aufgaben sind auf den Staat und die seiner umfassenden ... Gewalt sowie Fürsorge anvertrauten Menschen ausgerichtet. Die gegenwärtige Entwicklung, die nachhaltig von der gemeinschaftsrechtlichen (EU) und der internationalen Ebene (IWF, WTO, Weltbank) geprägt wird, läuft dem zuwider.« Wohlgermerkt: Nicht nur die mit der US-Ostküste verwobenen Eine-Welt-Organisationen, sondern auch die Einrichtungen der Europäischen Union werden hinsichtlich ihrer Kontrollmöglichkeiten seitens der einzelnen Staaten nicht nur kritisch hinterfragt, sondern de facto als Über- bzw. Ersatzstaaten bezeichnet. Die »Verfassung für Europa«, in den Niederlanden und Frankreich im Rahmen von Volksbefragungen abgelehnt, ist dazu geeignet, genau die von Broß vorgebrachten Bedenken zu nähren (Frau Merkel will die bundesdeutsche EU-Ratspräsidentschaft u. a. dazu nutzen, jenen Verfassungsentwurf, mithin ein Werkzeug von Liberalisierung und Globalisierung, erneut aufs Tapet zu bringen).

Staat ohne Vorbildfunktion

Doch folgen wir Dr. Broß: »Wenn sich der Staat fortwährend der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dadurch entzieht, daß er substantielle Teile von sich privatisiert und letztlich ungebunden durch Dritte erfüllen läßt, dann sehe ich das Problem, daß sich der Staat letztlich selbst und – unabhängig von der Souveränität – seine Macht zur Selbstdefinition in Frage stellen könnte (...) Wenn sich der Staat immer mehr der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch Privatisierung entledigt, verliert er damit auch Handlungs- und Gestaltungsspielräume. Das bedeutet letztlich, daß er größtenteils die Politikfähigkeit verliert. Nicht der Staat bestimmt mehr die Richtlinien der Politik und die Entwicklung des Staatswesens und seiner Gesellschaft, sondern dies tun demokratisch nicht legitimierte Private (...) Mit der Privatisierung entzieht der Staat hunderttausenden, wenn nicht ein oder zwei Millionen regulären Arbeitsverhältnissen die rechtsstaatlich und sozialstaatlich gesicherte Grundlage, wenn dies zu einer Auslagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer oder – im Inland – zu einem Arbeitsplatzsplitting in Minijobs oder gar zu illegalen Beschäftigungsverhältnissen führt. Er begibt sich damit nicht nur seiner Vorbildfunktion im Beschäftigungs- und Ausbildungsbereich (Stichwort Lehrstellenmangel), sondern auch der stabilisierenden Wirkung für die gesamtwirtschaftliche Situation über die Nachfragemacht seiner Beschäftigten als Konsumenten. (...) Akzessorisch ist zudem, daß durch die Privatisierung profitabler öffentlicher Aufgabenbereiche die staatliche Einnahmeseite geschwächt, hingegen die Ausgabenseite ausgeweitet wird, was zu einem weiteren Auseinanderklaffen der öffentlichen Haushalte führt und die Spaltung der Gesellschaft fördert«. Privatisierte in der Falle

Zudem sei die »Privatisierungseuphorie« nicht frei von Widersprüchen: »Nicht nur die Nationalstaaten, sondern auch die EU kommen nicht umhin, den Wettbewerb je nach dem mehr oder weniger intensiv zu kontrollieren. Eine solche Kontrolle setzt auf einer niedrigen Stufe bei Wettbewerbshandlungen (Werbung, Angriff auf andere, z. B. durch Abwerbung u. ä.) an und mündet in die Kontrolle von mehr oder weniger freundlichen Unternehmens-Zusammenschlüssen ein. (...) Besonders deutlich wird dies, wenn infolge der Privatisierung staatliche ... durch private Monopole ersetzt werden.«
Erpreßbarkeit wächst durch Privatisierung

Die Möglichkeit einer Erpreßbarkeit des Staates wachse: »Wenn etwa die Eisenbahn privatisiert und dann möglicherweise durch europa- und weltweite Ausschreibung oder über die Börse undurchsichtigen Eigentümerstrukturen geöffnet wird (ich vermeide den Begriff ‚Heuschrecken‘, weil hier noch ganz andere Szenarien nicht fern liegen), könnte der Staat mit seiner Volkswirtschaft schwer geschädigt werden, wenn etwa der Gesamtbetrieb für ein oder zwei Wochen ausfällt, und das gezielt (Sonderurlaub als Belohnung für gute Arbeit). Das gleiche gilt, wenn im Bereich der Energiewirtschaft durch eine künstliche Herbeiführung einer Stromknappheit, um die Preise in die Höhe treiben zu können, Stromausfälle provoziert werden.« Erwähnung finden auch die Streitigkeiten zwischen Rußland und der Ukraine bzw. Weißrußland wegen der Gas- und Öl-Durchleitung sowie das Vorhaben von EU-Oligarchen, »zur Förderung des Wettbewerbs im Energiesektor eine Trennung von Lieferanten und Netzen vorzunehmen. In diesem Zusammenhang verweist Dr. Broß auf ein historisches Beispiel, das in diesen Tagen des Kahlschlags gar nicht oft genug genannt werden kann: »Nicht von ungefähr verlief die Privatisierungsentwicklung bei der Bahn in Deutschland im 19. Jahrhundert umgekehrt: von der Privat- hin zur Staatsbahn«. Achterbahnfahrt? »Rating« macht's möglich!

In Zeiten medialer Reizüberflutung drohen wesentliche Schlagworte unhinterfragt zu bleiben. »Rating« zählt ohne Wenn und Aber dazu: »Wenn eine solche, weder demokratisch noch sonstwie unter übergeordneten Gesichtspunkten legitimierte oder gar kontrollierte Rating-Agentur Deutschland abstuft, kostet dieses Vorgehen nicht den Bundesfinanzminister - wie manche schreiben - sondern den ... Steuerzahler Milliarden Euro. Eine Rating-Agentur könnte – folgerichtig zu Ende gedacht – bei ganzer oder teilweiser Privatisierung des Strafvollzugs über ihr Rating etwa dessen Güte ebenso wie die psychiatrischer Landeskrankenhäuser oder des Verkehrsnetzes eines Staates steuern. (...) Als ich im September 2005 in Hannover einen Vortrag wegen der geplanten Privatisierung der psychiatrischen Landeskrankenhäuser einschließlich des Maßregelvollzugs hielt, traf es sich, daß nur wenige Tage später eine Rating-Agentur der Bundesregierung einen Forderungskatalog ‚servierte‘. Sollte sie diesen nicht erfüllen, werde das Rating abgestuft. (...) Zu den Rating-Agenturen gesellen sich die Analysten. Man überlege sich, welche Auswirkungen es auf eine ... privatisierte öffentliche Aufgabe haben wird, wenn Analysten – ungeachtet ihrer Qualifikation und Legitimation – befinden, man könne aufgrund von Einsparungen in diesem oder jenem Bereich ... Kosten einsparen und dadurch den Gewinn und den Börsenwert der privaten Betreiber steigern. (...) Es muß ernsthaft ... die Frage gestellt werden, in welchem Staat wir leben und welches Menschenbild er vor Augen hat. Ist dieses nicht letztlich durch eine oberflächliche und lediglich materialistische Denkweise bestimmt, die den Menschen zum jederzeit auswechselbaren Gegenstand und damit zum Objekt herabwürdigt?«
Individuelle Versorgung einmal anders

Welches Menschenbild liegt nun den bislang wiedergegebenen Überlegungen zugrunde? Vielmehr: Wie gestaltet sich das Rechte-Pflichten-Gefüge im Spannungsfeld von Individuum und Staat? Gewiß, »schon in einer sehr frühen Entscheidung« habe das Bundesverfassungsgericht (BVG) »darauf hingewiesen, daß das Grundgesetz eine wertgebundene Ordnung aufgerichtet hat, die die öffentliche Gewalt begrenzt. Durch diese Ordnung soll die

Eigenständigkeit, die Selbstverantwortlichkeit und die Würde des Menschen in der staatlichen Gemeinschaft gesichert werden«. Ein weiteres Urteil bezeichne ein wiederum auf das GG bezogenes »Wertsystem, das seinen Mittelpunkt in der innerhalb der sozialen Gemeinschaft sich frei entfaltenden menschlichen Persönlichkeit und ihrer Würde findet«. Das Entscheidende: Gemeint sei damit, so Broß, nicht der Schutz des Einzelnen »vor materieller Not« (Hervorhebung durch DS). Vielmehr stellten die GG-Grundrechtsartikel, vornehmlich 1 (Schutz der Menschenrechte) und 2 (Freiheitsrechte), schon immer »eine direkte Verbindung zum Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG her. Es betont, mit seiner Ausgangsüberlegung sei nicht gesagt, daß der Einzelne überhaupt kein verfassungsmäßiges Recht auf Fürsorge habe«. Welchen Charakter aber trägt diese? Aus der Verbindung zwischen genannten drei Artikeln ergibt sich laut Dr. Broß, »daß nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland der Einzelne zwar eigenständig und selbstverantwortlich ist, der Staat aber ihn sich nicht selbst überlassen darf. (...) Keinesfalls dürfen die staatliche und die wirtschaftliche Ordnung so gestaltet werden, daß die Gesellschaft auseinanderbricht und nur ein Teil noch gleichsam auf der Sonnenseite des Lebens steht. Naheliegend wird dem die Gewinnmaximierung privatrechtlich organisierter Tätigkeitsbereiche nicht gerecht«. »... nicht selbst zur Verfügung stellen kann«

Siegfried Broß erwähnt dann noch einige auf das Gemeinwohl-Prinzip bezugnehmende Urteile des BVerf., um zu konstatieren: An dieser Rechtsprechung sei bemerkenswert, daß dem Gesetzgeber zwar hinsichtlich der Ausgestaltung des Sozialstaatsprinzips ein relativ großer Gestaltungsspielraum zur Verfügung stehe. Doch gebe es »in mannigfacher Hinsicht prägnante Konturen. Es handelt sich zum einen um den Bereich der Daseinsvorsorge, also wichtige Infrastrukturbereiche für die Sicherung eines menschenwürdigen Daseins. Hierzu sind Einrichtungen, die der Mensch zur Verwirklichung seiner Person und Individualität bedarf und die er nicht selbst zur Verfügung stellen kann (DS), wie Elektrizität, Wasserversorgung, Telefon, Bahn und Post, zu rechnen. Zum anderen gibt es Bereiche, in denen in der Gesellschaft Schwache nicht die gleichen Voraussetzungen und die gleichen Chancen für die persönliche Entfaltung wie die überwiegende Mehrheit der Menschen in unserem Staate haben. Hier muß der Staat nach dem Sozialstaatsprinzip tätig werden. Für ihn besteht die Pflicht, für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen. Gewinnmaximierung läuft dem direkt zuwider«.

Anteilsscheine? Diesmal fürs Volk

Am Ende des Vortrags fühlt man sich endgültig an Darlegungen in NPD-Schriften und der Deutschen Stimme erinnert: »Die schrankenlose Öffnung durch umfangreiche Privatisierungen hat dazu geführt, daß die Abhängigkeit von internationalen Finanzströmen immer größer wird, eine Spekulation früher gegen die DM und nunmehr ... den Euro nahezu nach Belieben möglich ist. Niemand fragt mehr ... danach, wer diese immensen Finanzströme ... lenkt und welche Interessen damit verfolgt werden«. Die Schlußfolgerung: »Nach allem müssen Privatisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge rückgängig gemacht und anstehende mit Börsengang oder im Bereich der Gefahrenabwehr unterbunden werden«. Die Substanz entsprechender Betriebe, so Broß' Vorschlag gegen das Treiben von Börsen-Hasardeuren, »ist jeweils in Fonds einzubringen. Die Substanz ist zu bewerten und es sind an diesen Fonds zu einem für immer garantierten Zinssatz Anteilsscheine an die Bürgerinnen und Bürger zur Sicherung ihres privaten Anteils an der Altersvorsorge auszugeben. (...) In solche Fonds könnten auch Bahn, Post, Postbank, das gesamte Straßennetz von Bund, Ländern und Gemeinden sowie schließlich gar die Schulden der Erblastenfonds eingebracht werden. Der Vorzug läge darin, daß für immer verlässliche Anlageobjekte zu einem fest bestimmten und garantierten Zinssatz zur Verfügung stünden, der Staat seine Handlungsfähigkeit in großen Bereichen zurückgewinnen würde ...«.

Doch gemacht: Der finale Hammerschlag des Dr. Siegfried Broß folgt jetzt: »Jegliche Befürwortung der Privatisierung öffentlicher Aufgaben und der Niederlegung sämtlicher Grenzen für ... Welthandel und ... Weltwirtschaft verkennt, daß damit der Verlust der Identität und Souveränität von Staaten einhergeht. Nicht von ungefähr können sich auf der Weltbühne nur noch wenige Staaten behaupten. (...) Die Auseinandersetzungen um die Verteilung der Rohstoffaufkommen weltweit zeigt entgegen den Verfechtern einer weitestgehenden Öffnung der Staaten für eine offene Wirtschaft, daß diese Entwicklung viele Staaten, aber auch die Staatenwelt und damit insgesamt den Weltfrieden destabilisiert«.

... - 13.4.2007 um 01:51

Und damit die Staaten handlungsfähig bleiben gegenüber global agierenden Konzernen, sollten die Staaten größer werden.

Fangen wir in der BRD an und lösen diese auf, damit unsere Nachbarstaaten größer werden! :D

Tetrarchos - 13.4.2007 um 15:12

Gegen Ende des 2. Weltkriegs hatten die Siegermächte kurzzeitig das Konzept "Morgentau" geplant. Dieser Plan schlug vor, ganz Deutschland zu entindustrialisieren und zu einem reinen Acker-Forst-Bauernland zu machen. Schade das diese Idee damals nicht konsequent verwirklicht wurde. Lediglich in der Sowjetbesatzungszone gabe es dazu

lobenswerte Ansätze!

... - 14.4.2007 um 01:27

Ach, wenn die Industrie in vernünftige Hände kommt, dann kann man daraus ja durchaus Vorteile ziehen, aber da hätten die wirklich besser Deutschland für auflösen können. Das bestand ja erst seit 1871, also so lebensnotwendig war das für die Bevölkerung hier nun auch nicht, eher das Gegenteil, denn seitdem das als Deutschland existierte, hat Deutschland zwei Weltkriege mit Millionen von Toten herbeigeführt.

Hätte man doch wunderbar aufteilen können.

Dann wären wir jetzt Niederländer.

Ich hätte die Zoohandlung meines Vaters übernommen und den Verkauf von Hanfkörner etwas ausgebaut auf weitere Hanfprodukte und bräuchte jetzt bestimmt dringend 'n Gärtner, der mir Pflänzchen anbaut, damit ich was zum Verkaufen habe.

Tetrarchos - 14.4.2007 um 10:43

Das wäre auch ein Geschäft. Hanf mit optimalem THC-Gehalt braucht spezielle Anbaubedingungen im Gewächshaus.

... - 15.4.2007 um 01:35

Und die NL sind zur Zeit relativ streng, was das anbauen von Pflanzen zur Zeit anbelangt.

Da könnte man in Deutschland besser in den Markt einsteigen.

Frag' mal Deine Arbeitberaterin, wie es mit Selbstständigkeit aussieht, und erläutere mal die Pläne. Eigentlich könnten die ja bei einem sehr exportorientiertem Gewerbe (nach NL) nichts dagegen einwenden können.

Fragen sollte man, damit weist Du Deine Eigeninitiative nach! :D

Ich würde den Antrag sogar noch schriftlich stellen.

Tetrarchos - 15.4.2007 um 13:36

Ähm, in Deutschland ist der Anbau von Hanf und insbesondere der Verkauf streng verboten.

:|

Hätte da alternativ ne lustige Idee, die zwar nix mit Gärtnern zu tun hat:

Ich bitte um eine Fortbildung "Trainingsmaßnahme" im inneren Sicherheitsbereich eines AKW.

Damit möchte ich meine große Aufgeschlossenheit für andere Berufsfelder nachweisen. :D :D :D :D

Darkeastwood - 15.4.2007 um 14:42

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/inhalt/7/0,4070,5264551-0,00.html>

Die Nachrichten werden immer widersprüchlicher. Am wird diskutiert, wieso erlaubt sich eigene Meinung zu äussern, warum einer nicht so Regierungstreu und gleichgeschaltet ist. Dann kommt der Bericht aus Russland! ach wie schrecklich! keine Meinungsfreiheit! Polizeistaat! Obwohl die Bilder an die BRD erinnern, wenn um die Oppositionsbekämpfung geht. Und dass die BRD noch mehr ausgebauter Polizeistaat mit so moderner Bürger Überwachung ist, wird im Bericht nicht erwähnt.

... - 16.4.2007 um 01:36

Ich glaube zwar nicht, dass Oettinger zu den Menschen gehört, die mangelnde Meinungsfreiheit fürchten, eher das Gegenteil, aber die Meldungen aus Rußland sind wirklich nur witzig.

Man hat die Personalien festgestellt und die Menschen dann gehen lassen.

Gary Kasparov bekam eine Geldstrafe von umgerechnet 15 €. Der Arme!

Bei jedem Landfriedensbruch in der BRD (also bei jeder spontanen Demo von AKW-Gegnern oder ähnliches) wird mehr Brutalität an den Tag gelegt und mit 15€ kommt da keiner davon.

Ich frage mich allerdings, wo das Problem des deutschen Kapitals mit Putin ist. Der ist doch grundkapitalistisch. Der hat nur ein paar Superreiche etwas gebremst. Und das ist schon zuviel für den Neoliberalismus???

Tetrarchos - 16.4.2007 um 14:27

Das Problem ist: Putin will nicht Russland zum EU-Mitglied machen. Er will den Profit für SEIN Land haben und NICHT für Brüssel! Deswegen drehen die Westmedien so durch.

Schachweltmeister Kasparov ist übrigens dafür bekannt, daß er ganz ganz weit bei den Marktradikalen mitschwimmt. So nach dem Motto: "Jeder für sich selber, wer zu schwach ist soll eben verrecken." Der ist Neoliberal im Endstadium!

... - 17.4.2007 um 01:08

Geht also so gesehen genauso wie damals in Jugoslawien nur darum, dass er die falschen Kapitalisten nach Ansicht der Westeuropäer begünstigt und nicht denen sofort den roten Teppich ausbreitet, dass sie auch noch die Bevölkerung von Rußland hemmungslos ausbeuten können.

Jetzt gehen die Verteilungskämpfe innerhalb des Kapitals los.

Tetrarchos - 17.4.2007 um 17:30

Die sind schon lange losgegangen, diese Verteilungskämpfe. Wenn Raubtiere keine Beute mehr finden, beginnen sie damit sich gegenseitig zu fressen.

... - 18.4.2007 um 03:23

Sollen die mal machen, hab' ich nicht gegen. :D

Müssen wir später nicht mehr so viele enteignen, wenn die sich schon vorab konzentrieren.:58:

Darkeastwood - 25.4.2007 um 01:25

<http://www.abendblatt.de/daten/2007/04/24/729465.html>

... - 25.4.2007 um 05:08

Jau, ist doch mal eine hoffnungsvolle Entwicklung.

Noch ein paar Jahre und wir können alle unsere eigene Partei aufmachen und werden auch mit je einer Stimme gleich ins Parlament gewählt, weil keiner mehr wählen geht.

Tetrarchos - 25.4.2007 um 14:43

Diese Entwicklung bestätigt eher meinen Dauerverdacht, daß die Wahlergebnisse erheblich gefälscht werden von der Regierung. Nurnoch 36% gehen wählen, und diese wählen AUSGERECHNET mehrheitlich CDU und SPD?? Wie kann das bitte sein?? Die Mehrheit der NICHTWÄHLER lehnt die Wahl doch deswegen ab, weil CDU und SPD immer gewinnen?

Ich habe NULL Vertrauen darin, daß Wahlsystem in Deutschland korrekt ist. Ich vermute das ALLE Stimmen für mißliebige Parteien, zB PDS / Linkspartei oder DKP, seit JAHREN als angebliche NICHTWÄHLER einfach aus der Statistik genommen werden! Bis auf einen geringen WILLKÜRLICHEN Prozentsatz, den man diesen Parteien übriglässt, damit die Fälschung vertuscht wird. :09:

Seraphime - 25.4.2007 um 18:03

Wie kann man eigentlich auf der Grundlage einer 36%igen Wahlbeteiligung eine Regierung bilden? Das heißt doch 64% der bevölkerung wollen die da nich, oder nich?

Tzakahra - 25.4.2007 um 19:50

Zitat

Original von Tetrarchos

Nurnoch 36% gehen wählen, und diese wählen AUSGERECHNET mehrheitlich CDU und SPD??

Na klar, wen denn sonst? Anarchisten werden z.b. wohl kaum wählen gehen und ich geh auch nicht mehr hin. Also bleiben als Wähler diejenigen übrig, die an dieses Wahlsystem glauben und denken ihre Stimme macht was aus. Das sind leider oft genau diejenigen, die glauben wenn statt SPD, die CDU an der Macht ist (oder Linkspartei oder FDP oder Grüne oder NPD) und jeweils umgekehrt würde sich was ändern. Und diese Leute hängen doch meist fest an einer dieser Partei und glauben dann an die gute Welt, die kommt sobald diese Partei X dann an der Macht ist. Das sind die Wähler.

Diejenigen, die gerne kleine Parteien wählen wollen haben eingesehen, dass die es nicht auf 5% schaffen und daher die Stimme verloren ist. Also kann man am Wahlsonntag auch zu Hause bleiben. Es müsste eine Zusatzstimme geben. Ne Zweitweitstimme. Also man wählt dann mit der Zweitstimme irgendeine Partei und hat dann noch ne Zweitstimme mit der man was anderes wählen kann, falls die erste Partei die 5% nicht schafft. Wäre gespannt wieviele Nichtwähler das motivieren würde ne kleine Partei zu wählen.

Ja nun kommt noch ein aber:

Zitat

Das heißt doch 64% der bevölkerung wollen die da nich, oder nich?

Es könnte auch schlicht sein, dass es den meisten am Arsch vorbeigeht. Denke mal ob sich da was ändert, ob sie was bestimmen könnten, ob es Parteien gibt die Bürgergeld oder bedingungsloses Grundeinkommen forder, ob es Parteien gibt, die eine Volksgesetzgebung wollen, etc...sowas interessiert die meisten einfach nicht. Würde in das Nichtwählen auch nicht zu viel "Protesthaltung" hereininterpretieren.

Seraphime - 25.4.2007 um 20:08

schade eigentlich.

Nichts desto trotz is das ja ne Mehrheit, kann die nich was fordern oder so?

jan91 - 25.4.2007 um 21:07

Das in Frankreich habt ihr mitgekriegt, oder? Fand ich lustig, vor allem, dass jetzt eine Stichwahl ansteht. Und weil ich so bin, wie ich bin, sind mir heute Informationen zugeflogen, die was damit zu tun haben: Der Staatspräsident regiert dort fast wie ein König, nur halt wie ein gewählter.

... - 26.4.2007 um 02:59

Frankreich hat ein absolutes Mehrheitswahlsystem, @Jan91.

Da ist das eben so, dass jemand dann nur gewählt ist, wenn er mindestens 50 % der Stimmen auf sich vereinigt, das bedeutet, schafft das keiner im ersten Wahlgang, müssen die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen eben in eine Stichwahl.

Und, @Tzakahra:

Es ändert sich schon einiges, wenn jetzt z:b. die Linkspartei auf einmal 25 % der Stimmen bundesweit bekommen würde.

Die Grünen haben auch nix verändert, als sie in der Regierung saßen.

Okay, nix zum Guten, die haben die BRD in den ersten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg seit 1945 geführt und haben das Sozialsystem der BRD vernichtet und dafür gesorgt, dass die BRD mehr Schadstoffe ausgestoßen hat als je zuvor und den Anteil gesenkt, die die BRD am BSP an Entwicklungshilfe zahlen sollte.

Also nur Scheiße.

Aber:

Ohne den Druck, den die ausgeübt haben, als sie noch 'ne echte Oppositionspartei waren, da haben die in der SPD dafür gesorgt, dass sich deren Denken änderte und dass einige Sachen aus der Umweltpolitik von denen sogar in das

CDU-Programm eingeflossen sind.

Natürlich ist auch die Linkspartei sofort unwählbar, sobald sie im Bund mit an der Regierung sitzt, das hat man in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gesehen, aber dann kann man ja sich auf die nächste Partei konzentrieren.

Ich persönlich werde solange Linkspartei wählen, bis die alle in den anderen Parteien das Fracksausen bekommen. (in den NL haben die Sozialisten schon 18 % der Stimmen bei der letzten Wahl bekommen.)

Seraphime - 26.4.2007 um 11:52

Ich glaub die Macht und das Geld korrumpieren jeden der es weit nach oben schafft. Auch die vernünftigste Partei wäre angesichts des Lobbyismus und der internationalen "Verpflichtungen" nicht mehr in der Lage fortschrittlich zu handeln (oder doch?).

... - 27.4.2007 um 01:28

Deshalb ist es ja auch dämlich, zu meinen, es gäbe mal irgendwann die Superpartei und alles erledigt sich dann von selbst, ohne dass man selber was machen muss.

Zur Zeit ist die Linkspartei ganz okay auf Bundesebene, um dem ganzen neoliberalen Scheiß entgegenzusteuern. Sobald die so bekloppt werden wie die Grünen und sich an Regierungen beteiligen, dann werden da auch die vernünftigen Menschen wie Wagenknecht rausgehen und man wird wieder was neues brauchen. In Berlin gibt es ja schon eine trotzkistische Partei neben der Linkspartei. Die ist auch schon in einigen Bezirksparlamenten.

Politik ist eben auch so 'ne Sache, die dauerndes Kämpfen bedeutet. Nix ist für die Ewigkeit.

jan91 - 27.4.2007 um 14:13

Das hat sogar Hitler eingesehen, indem er für ein "1000-jähriges Reich" prangerte und nicht für ein "ewiges, deutsches Reich"!

Darkeastwood - 27.4.2007 um 16:30

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,479873,00.html>

http://www.focus.de/politik/deutschland/berlin_aid_54741.html

Darkeastwood - 27.4.2007 um 18:24

<http://www.michaelwinkler.de/Pranger/250407.html>

... - 28.4.2007 um 01:32

Der Winklertext ist insofern doof, weil er nur davon ausgeht, dass Frauen Kinder erziehen.

Außerdem ist er etwas einseitig, wenn er die DEUTSCHE Ausbildung für Erzieherinnen in Kindergärten als normal ansieht.

In Japan haben die Kindergärtnerinnen das Ansehen von Professoren, weil es eben tatsächlich 'ne sehr schwere Arbeit ist, die qualifizierte Kräfte benötigt, und nicht irgendwelche Kinderpflegerinnen, wie hier in Deutschland, wo die gerade mal 1 Jahr Ausbildung haben. Ich hab' ja gerade selbst erlebt, was das für ein Riesenaufwand ist, wenn man im Bereich der Pädagogik 'ne Ausbildung haben will, die auch in anderen Ländern anerkannt wird. Die normale deutsche Erzieherausbildung (oder auch Heilerzieherausbildung wie ich sie habe) nämlich nicht, weil die zu schlecht ist, in anderen Ländern ist das ein Beruf mit Fachhochschulausbildung.

Aber zu der Reichstagaktion:

"Die Wünsche der Wirtschaft sind unantastbar!"

Das hört sich nach 'nem guten Graftispruch an, das müsste etwas modifiziert werden und wäre gut zu sprühen mit Schablone.

Seraphime - 28.4.2007 um 13:19

Is denn der nette Herr Winker wegen Volksverhetzung belangt worden?
Auf jedenfall schreibt er fleisig weiter.
Kann ich ihm eine Einladung ins Unity Forum zu kommen lassen?

Darkeastwood - 28.4.2007 um 17:13

"Is denn der nette Herr Winker wegen Volksverhetzung belangt worden?"

In eigener Sache: Das Amtsgericht Würzburg hat das Verfahren gegen mich eröffnet. Die Verhandlung sollte zuerst am 30. Mai stattfinden und wurde jetzt auf den 27. Juni verschoben. Um 9:00 Uhr früh, also recht Nachtarbeiter-unfreundlich. Dann hat der Greifswalder Denunziant die Würzburger Justiz mit einem einzigen Brief 14 Monate lang beschäftigt. Verstehen Sie, warum ich den deutschen Beamtenapparat für überteuert und uneffizient halte?

Quelle: <http://www.michaelwinkler.de/Kommentar.html>

"Kann ich ihm eine Einladung ins Unity Forum zu kommen lassen?"

Von mir aus ja. Er wird aber dafür bestimmt keine Zeit haben.

Xoc - 28.4.2007 um 21:24

Zitat

Original von Seraphime

Is denn der nette Herr Winker wegen Volksverhetzung belangt worden?
Auf jedenfall schreibt er fleisig weiter.
Kann ich ihm eine Einladung ins Unity Forum zu kommen lassen?

Ich möchte nicht, dass solche Menschen hier sind.

dian - 29.4.2007 um 00:36

Sympathisches Kerlchen...

Aus welchem Jahrhundert ist das Foto? :D

Naja, zumindest scheint der Typ begriffen zu haben, dass in unserer Gesellschaft eine Menge Dinge falsch laufen. Er zieht nur dummerweise ganz andere Schlüsse daraus als ich.

Aber da kann man wohl nichts machen. Jeder von uns trägt den Geruch des Schweinestalls an sich, in dem er großgeworden ist. Und den Stall, aus dem der kommt, will ich besser gar nicht kennenlernen.

Oder gibt es vielleicht irgendwo auch noch ein Foto von seinen Eltern? Das wäre sehr aufschlussreich, und könnte vielleicht einiges erklären.

Tetrarchos - 29.4.2007 um 13:34

Hinsichtlich der Eltern tippe ich mal auf "Bauern-Ortskreis-Vorsteher" und "Vorsitzende des Landfrauen-Vereins" :D :D :D

Darkeastwood - 4.5.2007 um 12:18

„Im November (2005) hatte sich auch die Europäische Union nach den schrillen Anti-Homo-Tönen aus Warschau eingeschaltet: ‚Die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität ist nicht im Einklang mit den grundlegenden Werten und Prinzipien, auf denen die EU gegründet ist‘, stellte der Sprecher von Justizkommissar Franco Frattini in

ungewöhnlich scharfen Worten klar. Und Kommissionssprecher Jonathan Todd drohte gar mit dem Verlust von Polens Stimmrecht in der EU, sollte die homophobe Stimmungsmache weitergehen. Man werde die Situation in Polen weiterhin im Auge behalten, verlautete es aus Brüssel."

<http://www.lglf.de/ilga-welt/information/polendiskriminierung.htm>

Benway - 4.5.2007 um 13:18

"Bundesregierung veröffentlicht neuen Bericht zu Qualität und Algendichte deutscher Seen.

[...] Die beschriebenen Seen spiegeln beispielhaft generelle Trends in der Seenentwicklung in Deutschland wider. Nur noch wenige deutsche Seen haben ihren ursprünglichen nährstoffarmen Zustand bewahren können. In den alten Bundesländern zeigte sich in den 50er bis 70er Jahren eine zunehmende Eutrophierung durch Landwirtschaft und Abwassereinleitung. Seit etwa Ende der 60er bis Mitte der 70er Jahre war durch Abwasserfernhaltung ein Rückgang der Nährstoffzufuhr zu verzeichnen, wodurch der anteilmäßige Einfluss der Landwirtschaft an der Eutrophierung an Gewicht gewann. Die tiefen Voralpenseen reagierten relativ schnell mit einer deutlichen Verringerung des Trophieniveaus, das flache, polymiktische und zudem durch intensive Landwirtschaft im Einzugsgebiet geprägte Steinhuder Meer zeigte erst ab 1999 eine Abnahme der Algendichte. In den neuen Bundesländern wurden Anfang der 90er Jahre durch abwassertechnische Sanierungen die Nährstoffeinträge verringert. Die relativ flachen mecklenburgischen Seen besitzen große, meist durch landwirtschaftliche Nutzung geprägte Einzugsgebiete, so dass eine Reaktion auf verringerte Nährstoffeinträge allein aus punktförmigen Einleitungen in naher Zukunft nicht zu erwarten ist. Eine Ausnahme bildet die Müritz, bei der durch den geringeren Anteil der Landwirtschaft im Einzugsgebiet und die bessere Ausgangslage (schwach eutroph) die Abwasserfernhaltemaßnahmen bereits einen positiven Effekt zeigen"

Nun, hoffentlich stehen jetzt ein paar Leser davor genauso ratlos wie ich ständig vor den Texten von Darkeastwood. Mal direkt gefragt - wo um Gottes Willen liegt die Relevanz deines Beitrags?! Wenn Polen unbedingt zur EU gehören möchte, scheint es nur logisch, dass sie sich an ein paar Normen und Krypto-Normen zu halten haben...wenn sie das nicht tun, fliegen sie halt, ist das gute Recht jeder Interessensgruppe (und nicht wenige hier dürften sogar ganz zufrieden sein, dass sich die EU ausgerechnet die "Schwulenfrage" in dieser Weise zu Herzen nimmt). Aber warum sollte das jetzt meine Glaubwürdigkeit in die Politik erschüttern, wenn sich die EU zur Abwechslung mal dafür einsetzt, dass staatliche homophobe Propaganda eingedämmt werden kann?

Darkeastwood - 4.5.2007 um 14:40

"Mal direkt gefragt - wo um Gottes Willen liegt die Relevanz deines Beitrags?!"

"...ist nicht im Einklang mit den grundlegenden Werten und Prinzipien, auf denen die EU gegründet ist..."

Man sollte nachfragen auf welchen Werten, Prinzipien und Moralvorstellung die EU gegründet ist. Wenn früher hieß die EU und EG sind dazu da die wirtschaftliche, politische und Kulturelle Zusammenarbeit zu koordinieren. Heute nimmt die EU den einzelnen Staaten und Völkern die Souveränität weg, und schreibt alles vor: gleiche Währung, gleiche Gesetze, gleiche Werte, gleiche Kultur, gleiche Moralvorstellungen. Und alles muss gleich schlecht sein.

Die Wunschvorstellung der EU ist, nehme ich an, eine Schwulen und Lesben Gesellschaft zu schaffen. Es soll keiner mehr Nachkommen zeugen, wenn schon, dann auf jeden Fall nicht in der Familie. Die Geburtsraten müssen anscheinend auch ausgeglichen werden und dafür wird BRD als Vorbild genommen (Geburtenrate von 1,1). Wenn in einem Land eine demokratische Entscheidung getroffen wird, die Schwulenparade zu verbieten, da greift sofort die EU ein. Wenn jemand dabei nicht einsieht, dass die Werte und Prinzipien der EU alles andere als demokratisch sind, dem kann ich auch nicht so viel helfen.

Darkeastwood - 4.5.2007 um 16:29

<http://www.youtube.com/watch?v=l0-K4YxaGjw>

<http://www.youtube.com/watch?v=MNACdHwZy8Y&mode=related&search=>

Benway - 4.5.2007 um 20:46

[QUOTE]Wenn in einem Land eine demokratische Entscheidung getroffen wird, die Schwulenparade zu verbieten, da greift sofort die EU ein. Wenn jemand dabei nicht einsieht, dass die Werte und Prinzipien der EU alles andere als demokratisch sind, dem kann ich auch nicht so viel helfen.[/QUOTE]

Jo...wer nicht einsieht, dass eine Interessensgemeinschaft wie jede Peer-Group auf dem Schulhof Normen und Werte mit sich bringt, mit denen sich die zugehörigen Staaten identifizieren können sollten, der hat es echt nicht anders verdient, als dass er vom Fortschritt mitgeschleift wird. Wenn Polen mit dem Ist-Stand der Normen und Werte, für die die EU implizit und explizit steht, nicht mehr einverstanden ist, soll es halt demokratisch oder undemokratisch beschließen, aus der Staatengemeinschaft auszutreten.

[QUOTE]Die Wunschvorstellung der EU ist, nehme ich an, eine Schwulen und Lesben Gesellschaft zu schaffen. Es soll keiner mehr Nachkommen zeugen, wenschon, dann auf jeden Fall nicht in der Familie. [...] Und alles muss gleich schlecht sein.[/QUOTE]

Erklärst du mir jetzt noch mal laaangsam und in einfachen Worten, was die jüdische Weltverschwörung genau und konkret die nächsten 500 Jahre davon hat, dass es der (degenerierten) Menschheit so schrecklich scheiße geht?

[QUOTE]Die Geburtsraten müssen anscheinend auch ausgeglichen werden und dafür wird BRD als Vorbild genommen (Geburtenrate von 1,1).[/QUOTE]

Als ob das auch nur annähernd genügen würde :12: Wenn Europa wirklich ganz allein am katastrophalen Wachstumstrend der Weltbevölkerung was reißen will, dann sollten wir schnellstmöglich in Regionen um die 0,1-0,3 vorstoßen. Ob staatlich propagierte Homosexualität dafür der beste Weg ist, lass ich jetzt mal unbeantwortet (eine denkbare Alternative wär's jedenfalls, hat noch irgendwer "Der ewige Krieg" von Haldeman gelesen?)...könnte man ja mal einen Modellversuch starten, in einem Bundesland wie Bayern zB, wo ein Blick auf die Statistik zeigt, dass das Potential in dieser Hinsicht nicht mal annähernd genutzt wird. Müssten prominente Bayern (mir fallen jetzt spontan nur Stoiber, Beckstein und der Bulle von Tölz ein) halt mit gutem Beispiel vorangehen und sich in TV-Spots mal öffentlich aneinanderkuscheln.

... - 5.5.2007 um 04:26

Ich interpretier' das erstmal ganz anders.

Die EU sagt eventuell, dass ihr das nicht passt, aber im Gegensatz zu Euch beiden würde ich das niemals ernstnehmen. Polen ist wie die ganzen ehemaligen Ostblockstaaten deshalb in die EU gekommen, weil es da einen brauchbaren Markt gibt, wo das westliche Kapital seine Waren noch loswerden kann, und wo es eben auch sehr preiswerte Arbeitskräfte gibt.

Das nützt dem Kapital, Profit zu machen und nix anderes zählt.

Da können die auch morgen wieder KZs für Schwule aufbauen, Tschechien und Rumänien behandeln auch die Romas wie Untermenschen.

Interessiert das das Kapital???

Nö, auch 'ne Schwuchtel wie Westerwelle wird sich noch wundern, was passiert, wenn das Kapital wie in den 30ern wieder entdeckt, dass es sich am besten an der Macht halten kann, wenn es sich so richtig volkstümlich gibt und mal wieder auf national und rassistisch machen muß. Solange das dem Profit dient, ist jedwede Frage nach Menschenrechten o.ä. nur eine Frage, ob sie gerade für den Profit dienlich ist oder nicht.

Problem, was ich dabei habe, ist, dass ich als Deutscher nicht unbedingt meine, das Recht zu haben, Polen zu kritisieren, wenn die so 'ne Regierung wählen. Maximum, was ich vorschlagen würde, wäre, dass man dann eben alle schwulen und lesbischen Polen in die BRD integrieren sollte, wenn die in Polen zu viele Probleme haben. Dann hätten die einen wesentlich höheren Lebensstandard als die verbleibenden Polen und diese würden sich dann wundern. Das wäre das einzige, was ich dazu machen würde.

Ansonsten mache ich mir da aber auch nicht all zu viel Gedanken drüber, die NL sind auch noch in der EU. Und da haben selbst rechtsfaschistoide Populisten nur 'ne Chance, wenn sie schwule Kiffer sind (Fortuyn). Der wäre auch mit den NL in Polen einmarschiert, die sollen mal froh sein, dass der abgeknallt wurde und die NL wieder vernünftig wählen (18% Sozialisten sind schon mal besser als die BRD).

@Darkeastwood:

Vorteil von Homo-Mitarbeitern und Menschen ohne Familie ist eben deren Mobilität, die sind in der Lage, von einem Tag auf den anderen, den Wohnort zu wechseln. Das ist doch das, was das Kapital will.

Allerdings verstehe ich den Beitrag über Sedlitz auch nicht ganz, es sei denn, es sei eine Reaktion auf die doch nicht ganz so uninteressante Feststellung von @Benway, was die Braunfärbung der deutschen Seen anbelangt. :D

Aber im großen und ganzen ist es irgendwie bedauerlich, dass heute schon die Nazis die grauenhaften Scheindiskussionen sprengen müssen, die sich die Arschkriecher des Kapitals heute liefern. Und die reagieren noch immer genauso albern wie damals, als das die damals noch fortschrittlichen Kräfte bei den Grünen machten.

Insofern kann man wenigstens sicher sein, dass in ca. 20 Jahren eine der Nazi-Hackfressen da aus dem Film als vor dem Kapital buckelnder Außenminister wieder zu sehen sein wird und sich außer der Konzentration des Kapitals und den noch schlechter werdenden Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, durch die nix ändern wird. 8-)

Darkeastwood - 8.5.2007 um 14:10

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/inhalt/31/0.4070.5274367-0.00.html>

Darkeastwood - 8.5.2007 um 14:43

<http://www.staatsverschuldung.de/spirale.htm>

<http://www.staatsverschuldung-online.de/>

Dazu folgende Zitate aus dem Koalitionsvertrag vom 11.11.2005 der Großen Koalition im Deutschen Bundestag:
„Das hohe strukturelle Defizit des Staatshaushalts und der Schuldendienst begrenzen die Handlungsfähigkeit des Staates.

Unmensch - 8.5.2007 um 14:58

Zitat

Original von Darkeastwood

<http://www.staatsverschuldung.de/spirale.htm>

<http://www.staatsverschuldung-online.de/>

<http://img95.imageshack.us/img95/1339/smft4.png>

Tetrarchos - 8.5.2007 um 15:07

Zitat

Original von Darkeastwood

<http://www.staatsverschuldung.de/spirale.htm>

<http://www.staatsverschuldung-online.de/>

Dazu folgende Zitate aus dem Koalitionsvertrag vom 11.11.2005 der Großen Koalition im Deutschen Bundestag:
„Das hohe strukturelle Defizit des Staatshaushalts und der Schuldendienst begrenzen die Handlungsfähigkeit des Staates.

Das wollten die Bonzen ja auch immer, den Staat mit Geldzwängen an ihre Hundeleine legen! :09:

dazu mal ein interessantes Gesetz unter Karl dem Großen (um 800 nach Christus):

" Wer Geld oder Gut gegen Zins hingibt, dem soll der Landvogt Schadenersatz und Geldstrafe auferlegen. Wenn Er wiederholt Zins nimmt, dann soll der Landvogt den Bann über ihn erklären."

"Dieses erklären Wir zu Recht, darumb das der Landfriede wird gestöret durch vielerlei Volk, die mit Fehde streiten über dargeliehen Geld und Gut."

(Bann = Rechtlosigkeit! JEDER dürfte den Typen ausrauben oder killen, ohne Strafe zu fürchten!)

:D :D :D Manchmal waren die sogar im frühen Mittelalter schlauer als wir...

Darkeastwood - 8.5.2007 um 15:18

<http://img95.imageshack.us/img95/1339/smft4.png>

Wenn die Meinungsaussage nicht strafbar wäre....

Unmensch - 8.5.2007 um 15:23

Zitat

Original von Darkeastwood Wenn die Meinungsaussage nicht strafbar wäre....

Aber hier doch nicht. Wir befinden uns auf hoheitslosen Unity-Gebiet! oO

Darkeastwood - 9.5.2007 um 01:05

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/inhalt/23/0.4070.5272791-0.00.html>

Tetrarchos - 9.5.2007 um 03:19

Eieiei, wenn dieser Professor mal hoffentlich nicht seinen Lehrstuhl demnächst verliert.
Das ZDF sowas ausstrahlt wundert mich nochmehr ??? Richtig liegt der Mann jedenfalls. Schäuble gehört in psychiatrische Begutachtung! Selber von einem Anschlag betroffen, kann Schäuble nichtmehr objektiv über Sicherheitspolitik entscheiden.

Darkeastwood - 16.5.2007 um 13:11

<http://www.fk-un.de/UN-Nachrichten/UN-Ausgaben/2007/UN3-07/2007-03-2.htm>

<http://www.michaelwinkler.de/Pranger/160507.html>

"Wir leben mit einem Meinungskartell, das allumfassend gleichgeschaltet ist, weitaus mehr, als es sich DDR und Drittes Reich erträumen konnten."

Ich distanziere mich davon.

Tetrarchos - 16.5.2007 um 16:30

Ich hoffe Du distanzierst Dich vom Meinungskartell und nicht von der Aussage des Professors.

... - 17.5.2007 um 00:04

Welcher Professor? :|

Darkeastwood - 17.5.2007 um 04:06

Prof. Peter-Alexis Albrecht

Darkeastwood - 19.5.2007 um 10:03

<http://www.youtube.com/watch?v=gclGp75skCE>

jan91 - 19.5.2007 um 10:26

Ach du Gott.

Ich hätte eigentlich lachen können, aber das war mir dann doch zu blöd. Dämliches Gelabere, viel mehr kann man dazu nicht sagen (mhmpf, also ich kann zumindest nicht viel mehr dazu sagen, @Arne und @Dian garantiert).

Er hat ja echt alles vergessen, wie Plotiker nunmal so sind!

... - 20.5.2007 um 02:22

Wat soll man zu dem schon noch sagen?

Ist der meist überschätzteste und blödeste Politiker, den es in Deutschland gibt.

Außer vor sich wegrennen kann der nix.

Ist immer da, wo es Macht und Geld gibt und ansonsten macht er alles, was die Situation erfordert, wenn sie nur ihm hilft.

Das einzige, was er kann, ist, sich gut verkaufen.

Warum der nicht Propagandaminister geworden ist, ist mir unklar. Aber vor 75 Jahren hätte der das auch gemacht, wenn man damit weiterkommt.

Buchtipp dazu : Jutta Dittfurth: Das waren die Grünen

Darkeastwood - 21.5.2007 um 00:03

<http://www.montags-auf-die-strasse.de/?Unglaubliches>

Xoc - 21.5.2007 um 00:43

Fisch ist einer der besten Rhetoriker unter den Politikern, mir fällt keiner ein, der an ihn ran kommt.

All zu dumm ist er wahrscheinlich nicht.

Ansonsten, neija, er macht halt was alle Politiker machen.

... - 21.5.2007 um 02:43

Die alten, Wehner und Strauß und vor allen Dingen Schmidt waren noch viel besser. Fischer ist eben noch von den alten Reaktionären.

Möllemann war auch nicht schlecht.

Und eben Goebels.

Aber die sind auch alle Scheiße gegen Typen wie Bush u.ä.

Die können das wirklich.

Darkeastwood - 22.5.2007 um 01:29

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/inhalt/12/0,4070,5396140-0,00.html>

Darkeastwood - 27.5.2007 um 18:58

<http://portal.gmx.net/de/themen/finanzen/geld/verbraucher/4082780-Viele-Deutsche-trotz-Aufschwung-ueberschuldet.page=0.html>

... - 28.5.2007 um 03:49

Dieser Artikel ist scheiße und von irgendwelchen neoliberalen Versicherungen verfasst.

Kein HARTZIV-Empfänger überschreitet die Pfändungsgrenze.

Ein Mensch unter 900 € netto, der auch nur eine Rechnung bezahlt, ist einfach nur doof, und der Artikel will den Leuten wohl einreden, sie müssten das noch als HartzIV-ler.

Nix müssen die. Die müssen Idioten finden wie Versandhäuser, die denen dennoch was geben und die müssen dann auf ihren Rechnungen sitzen bleiben.

Soweit kommt es noch, dass man da Rechnungen bezahlt.

Tetrarchos - 28.5.2007 um 20:11

Einerseits richtig!

Problem: Es gibt auch eine strafrechtliche Seite, nicht nur die Zivilrecht-Forderung nach UNMÖGLICHER Bezahlung / Pfändung.

Die Versandhäuser holen sich nämlich die Bulerei zu Hilfe und schreien laut "Versandhausbetrug=Straftat=Knast!!". Das ist der Haken an der Sache.

Das einzige was ein böser MANN da wirklich "nutzen" könnte: Wild herumpoppen und Unterhaltsforderung ist nicht durchsetzbar wegen Pfändungsgrenze...

... - 29.5.2007 um 05:12

Aber noch hat Schäuble das Grundgesetz nicht ganz abgeschafft, die betrügerische Absicht müssen die Dir nachweisen und wenn Du einmal 'ne Rate gezahlt hast, dann geht das nicht mehr so einfach.

Tetrarchos - 29.5.2007 um 12:59

Die argumentieren einfach so: "Sie wissen doch das Sie nicht bezahlen können? Sie konnten doch schon letztesmal die Ware beim Versandhaus X nicht zahlen, und davor beim Versandhaus Y, und davor... Sie machen das BEWUSST jetzt zum x-ten Mal so! Also handeln sie Vorsätzlich! ..."

hopeless - 29.5.2007 um 22:13

sind 900€ nicht ein bisschen viel, um keine rechnungen mehr zu bezahlen?
wenn dus ausprobiert hast, glaube ich dir das vielleicht, arne.

... - 30.5.2007 um 04:41

Brauchst Du mir gar nicht zu glauben, @hopeless.

Hauptsache, mein Gerichtsvollzieher glaubt noch daran, dass der deutsche Staat folgende Gesetze hat: :D

http://bundesrecht.juris.de/zpo/_850c.html

Sind sogar noch mehr wie 900 €.
